



Lage der Pflegebedürftigen spitzt sich zu: sofortige Entlastung notwendig!

Trotz großer Krisen dürfen wir keinen Tag länger die Augen davor verschließen, dass die Belastungsgrenze der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen schon lange überschritten ist. Damit gute Pflege auch in Zukunft möglich ist, müssen wir jetzt handeln! Der Koalitionsvertrag beschreibt dafür sehr konkret den Fahrplan. Wir brauchen einen Dreiklang aus der Stärkung der häuslichen und professionellen Pflege sowie dem Ausbau der ehrenamtlichen Unterstützung. Dazu braucht es sicher mehr Steuermittel für die Pflegeversicherung.

Häusliche Pflege sofort entlasten

Kurzfristig muss vor allem mehr für die häusliche Pflege getan werden. In den letzten Jahren ist hier so gut wie nichts passiert, obwohl die Bundesregierung bereits Ende 2020 die Erhöhung der Leistungsbeträge um 5 Prozent für notwendig erachtet hat. Der Koalitionsvertrag sieht eine regelmäßige Erhöhung des Pflegegeldes ab 2022 und eine Zusammenführung von Verhinderungs- und Kurzzeitpflege in einem Entlastungsbudget vor. Beides muss kommen. Dem Entlastungsbudget sollte jedoch noch eine Reihe weiterer Einzelleistungen der Pflegeversicherung zugeordnet werden. Denn der bislang starre Leistungskatalog der Pflegeversicherung ist weder zeitgemäß noch krisenfest. Von einem dann flexibel einsetzbaren Entlastungsbudget würden insbesondere auch junge Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen profitieren, da sie so endlich ein für sie passendes Pflegesetting organisieren könnten.

Hinzu kommt die allseits spürbare Kostenexplosion und Energiekrise, die die etwa 4 Millionen häuslich versorgten Pflegebedürftigen und deren Angehörige besonders hart trifft. Denn viele Angehörige sind zur Versorgung auf das Auto angewiesen, Wäsche muss öfter gewaschen werden und die Pflegebedürftigen können nicht einfach im Kalten sitzen! Darum müssen bei den Entlastungspaketen der Bundesregierung endlich auch die Pflegebedürftigen bzw. ihre Angehörigen adressiert werden. Es muss hier einen Krisen-Zuschlag bei allen Pflegeleistungen aus Steuermitteln geben.

Und auch diejenigen, die ihre Versorgung über einen Pflegedienst organisieren, leiden unter stark steigenden Pflegepreisen. Denn die Kostensteigerungen durch die Inflation und Tarifsteigerungen werden von den Pflegediensten auf ihre Klienten umgelegt. Das heißt, dass sie wesentlich weniger Leistungen von der Pflegeversicherung finanziert bekommen und immer mehr aus eigener Tasche zahlen müssen. Daher braucht es auch für die Pflegesachleistungen eine regelhafte Dynamisierung.

Zur Wahrheit gehört, dass das nur mit mehr Geld geht. Die im Koalitionsvertrag ebenfalls vorgesehene Erhöhung des Beitragssatzes der Pflegeversicherung muss deshalb genauso wie die Finanzierung versicherungsfremder Leistungen aus Steuermitteln, wie zum Beispiel der Rentenversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige und der pandemiebedingten Zusatzkosten, zeitnah umgesetzt werden. Diese im Koalitionsvertrag längst verabredeten Vorhaben für die Pflege müssen jetzt realisiert werden.

Verbindlicher Anspruch auf Homeoffice

Die Entlastung der pflegenden Angehörigen muss auch in der Arbeitswelt erfolgen: Berufstätige sollten hier die größtmögliche Wahlfreiheit haben. Im Homeoffice zu arbeiten, erleichtert immens die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf und trägt dazu bei, dass Mitarbeitende auch dem Arbeitsmarkt erhalten bleiben. Spätestens seit Corona wissen wir, dass das gut funktioniert. Deshalb sollte der Anspruch auf Homeoffice für pflegende Angehörige verbindlich und umfassend ausgestaltet werden.

Ehrenamtliche und freiwillige Unterstützung auf- und ausbauen

Ein selbstbestimmtes Leben mit Pflegebedürftigkeit ist viel leichter möglich, wenn professionelle und ehrenamtliche Angebote Hand in Hand gehen. Hier gibt es zahlreiche gute Initiativen und Projekte gerade auf kommunaler Ebene. Dort liegt die Zukunft der Pflege - vom städtischen Quartier bis zur dörflichen Gemeinschaft. Damit solche regionalen Initiativen zu einem festen Bestandteil vor Ort werden, müssen die Kommunen genügend Mittel bereitstellen. Darüber hinaus muss die Nachbarschaftshilfe überall zu einer Leistung werden, die über den Entlastungsbetrag der Pflegeversicherung genutzt werden kann, wie es einige Bundesländer bereits vormachen.

Daneben sollte die offene Diskussion über eine soziale Pflichtzeit weitergeführt werden. Denn viele Menschen wollen sich engagieren. Und es ist eine Chance, mehr Menschen für soziale Tätigkeitsfelder zu gewinnen. Es kann uns als Gesellschaft nur weiterbringen, wenn jeder eine Idee davon bekommt, wie zum Beispiel ein Leben mit Pflegebedürftigkeit aussieht und was soziales Engagement tatsächlich bedeutet.

Eigenanteile in stationären Pflegeeinrichtungen

Auch wenn die Begrenzung der Eigenanteile je nach Verweildauer seit diesem Jahr wirkt, droht, dass in vielen Fällen die Eigenanteile sprunghaft steigen werden. Hier müssen nachhaltigere Lösungen gefunden werden. Auch hier lohnt ein Blick in den Koalitionsvertrag: Die geplante Herausnahme der Behandlungspflege und der Ausbildungskostenumlage wird die Pflegesätze deutlich senken – ein klarer Arbeitsauftrag, der umgesetzt werden muss. Daneben sind insbesondere auch die Länder in der Pflicht, endlich überall die Investitionskosten zu übernehmen und Pflegebedürftigen so weitere zigtausend Euro pro Jahr zu ersparen. Gleichzeitig wäre es für Einrichtungsbetreiber auch deutlich leichter, bauliche Maßnahmen umzusetzen – insbesondere für teils noch immer unzureichende Barrierefreiheit, veränderte klimatische Bedingungen mit extremen Hitzeperioden oder einfach auch WLAN.